

## 12.-16.3. ENERGIEEFFIZIENZ UND ERNEUERBARE ENERGIEN IN GEWERBEGEBÄUDEN IN SAUDI ARABIEN

AHK-Geschäftsreise im Rahmen der Exportinitiative Energie. Zunächst erfolgt eine Fachkonferenz in Riad, auf der deutsche Unternehmer ihre Produkte präsentieren können. Im Anschluss organisiert die AHK individuelle Geschäftstermine mit Entscheidungsträger und potentiellen Geschäftspartnern.

### KOMMENTAR

#### »ZWEI GEDANKEN ZUM WOCHENENDE«

Von Heino Wiese

#### Habermas: Gabriel muss Außenminister bleiben

Der große Jürgen Habermas, 88 Jahre alt, einer der größten Philosophen des letzten Jahrhunderts, Person der Zeitgeschichte, steigt in die Niederungen der Tagespolitik und gibt sein Votum für Sigmar Gabriel ab. Ohne Gabriel drohen die wegweisenden europapolitischen Worte des Koalitionspartners zu vergilben, betonte Habermas in einem Gastbeitrag für die Zeit. In der SPD dürfe nicht übersehen werden, dass hinter der Personalentscheidung eine politische Frage von erheblicher Tragweite stehe. Habermas hat recht! Bis sich auf der internationalen Bühne jemand anderes das Standing erworben hat, mit Putin, Trump, Erdogan aber auch mit Frau Merkel auf Augenhöhe zu kommunizieren, wird die Legislatur zu Ende sein. Die SPD braucht jetzt auf allen Kabinettsplätzen die Besten, um in der kurzen verbleibenden Zeit zu zeigen, dass sich die GroKo für Deutschland, aber auch für die SPD gelohnt hat.

#### Hackerangriffe auf Bundesregierung

Der Russe war's! Jeder vermeintliche Experte in den Medien vermutet hinter einem Gerücht, dass es im vergangenen Dezember einen Hacker-Angriff auf das IT-Netz der Bundesregierung, speziell des Auswärtigen Amtes, gegeben habe: Der »böse« Russe war's! Beweise gibt's keine, aber man kann ja schon mal die Stimmung gegen Russland anheizen. Seit Wikileaks und Wistleblower Edward Snowden wissen wir, was alles selbst unter Freunden möglich ist. Dass Russland, Indien oder China, die in der IT und Telekommunikation inzwischen unendlich viel weiter sind als wir Deutschen, einen Grund haben, uns auszuspionieren, davon kann man ausgehen. Wir haben ja den BND auch nicht nur dazu, unsere eigene Regierung hinter Licht zu führen. Klar kann der Angriff aus Russland kommen.

Verteidigungsminister Schoigu hat schon vor sechs Jahren (fünf Jahre vor uns) mit dem Aufbau einer gut ausgestatteten Cyber-Force begonnen. Die Erkenntnisse von Snowden waren da sicher auch hilfreich. Und wenn die Ausrüstung der Cyber-Force der Bundeswehr in einem ähnlich guten Zustand ist, wie die Hubschrauber und Panzer der Bundeswehr, haben wir wohl noch ein wenig Aufholbedarf. Letztlich wissen wir aus James Bond und vielen Hollywood-Spionagefilmen, dass Camouflage immer ein beliebtes Instrument der Schlapphüte war. Dass jetzt gleich gerufen wird: »Der Russe war's«, hat auch mit einer politischen Haltung der Medien (wie der Springer-Presse und der FAZ) zu tun. Die Nord-Stream-Debatte im Bundestag mit einer schicken anti-russischen Spionage-Story zu verbinden, ist ja reizvoll. Aber wer in der Spionage-Welt gerade was ausbaldowert, wird sich wohl nicht herausfinden lassen. Ich könnte genauso gut behaupten: »Der Donald war's!«

### BUNTES AUS BERLIN

#### NOCH BIS ZUM 1. APRIL: JORDAN WOLFSON



Foto: Jordan Wolfson

Die Einzelausstellung im Schinkel Pavillon zeigt Werke des New Yorker Künstlers Jordan Wolfson. Seine Arbeiten beschäftigen

sich mit inneren Impulsen wie Verlangen, Optimismus, Gewalt und Schuld. Ob mit Filmen, Animationen, Installationen, Skulpturen oder Fotografien, Jordan Wolfson lenkt den Blick auf innere Konflikte des Körpers und macht sie mit seiner Kunst nach außen sichtbar. Seine Cartoons entfremden menschliche Verhaltensweisen und machen gleichzeitig auf sie aufmerksam. Themen wie Aggressivität und Brutalität werden so erschreckend real und fordern den Betrachter auf, sich ein Urteil zu bilden. Ort: Schinkel Pavillon (Oberwallstraße 1, 10117 Berlin).

### IMPRESSUM

Herausgeber: **WIESE CONSULT GmbH**  
Heino Wiese, Behrenstraße 73 · 10117 Berlin  
Telefon 030.8105888-0 · Fax 030.8105888-29  
redaktion@hauptstadt-insider.de ·  
www.wiese-consult.com  
Handelsregister: Amtsgericht Berlin, HRB 112951 B  
USt-Id.Nr.: DE259602002  
Chefredaktion: Heino Wiese (V.i.S.d.P.)

Anzeigenleitung und Abonnement: Alice Greschko  
Telefon 030.810588813  
Druck u. Verlag: Hauptstadt Insider c/o Wiese Consult GmbH, Behrenstraße 73, 10117 Berlin  
Satz, Layout: Alice Greschko, Jenny Bogitzky, Wiese Consult erscheint seit März 2007  
Fotos: dpa und Archiv www.hauptstadt-insider.de



# INSIDER

## NORDSTREAM 2 FAKTENBASIIERT BEURTEILEN



Foto: OMV

Von Dr. Rainer Seele, CEO von OMV

Die Ostsee-Pipeline Nord Stream 2 (NSP2) ist derzeit Ziel scharfer Kritik und diverser Angriffe. In politischer sowie medialer Diskussion fällt auf, dass anstelle einer sachgerechten Auseinandersetzung eher ideologische Argumente die Debatte dominieren.

Ein Vorwurf lautet, dass die Gaskapazitäten nicht gebraucht würden aufgrund der aktuell geringen Auslastung. Nord Stream 1 war 2017 zu 93 Prozent ausgelastet, was einer Vollaustattung entspricht. Dies gilt auch für die polnische Yamal Pipeline, welche mit Transporten von über 90 Milliarden Kubikmeter zu einem hohen Ausmaß genutzt wird.

Heute bezieht Deutschland Gas aus heimischer Produktion, den Niederlanden, Norwegen und Russland, jedoch wird die Gasproduktion in Europa in Zukunft weiter fallen. Die entstehende Lücke an benötigtem Gas muss gedeckt werden, wenn der deutsche Industriestandort und die Strom- und Wärmeversorgung gesichert werden sollen. Zusätzliche Gasimporte erfordern daher zusätzliche Gastransportkapazitäten.

Ein weiterer Vorwurf ist, die Pipeline erhöhe die Abhängigkeit von russischem Gas und könnte zur Erpressung genutzt werden. Selbst in politischen Krisen zwischen Deutschland und Russland war die Versorgung mit Gas seit Jahrzehnten immer zuverlässig. Der Vorwurf, die Pipeline sei ein Erpressungsinstrument kann somit entkräftet werden. In der EU wurden eine Vielzahl neuer Verbindungspipelines gebaut, Gas fließt dadurch in alle Richtungen und Russland wäre somit stärker von Gasexporten nach Europa abhängig als umgekehrt.

Weiters kritisieren Polen, Ukraine und die EU-Kommission das Projekt stehe im Widerspruch zum europäischen Solidaritätsgedanken, der Stärkung des Energiebinnenmarktes sowie der Reduktion von Energieimportabhängigkeiten. Es gibt historisch begründete Ressentiments dieser Staaten gegen Russland, jedoch ist es fragwürdig diese in Zusammenhang mit einem wirtschaftlichen Projekt zu stellen, man fürchtet vor allem um Gastransiteinnahmen. Neue russische Quellen liegen jedoch hoch im Norden, die Transportdistanz über NSP2 ist somit kürzer als über das ukrainische Netz

und in Folge weitaus kostengünstiger für Millionen von Gasverbrauchern in Europa.

Es ist nicht nachvollziehbar, dass sich die EU beim Thema Gasversorgungssicherheit auf das ukrainische Netz verlässt. NSP2 stellt einen geregelten Gastransit sicher, dies beweist der reibungslose Transport über Nord Stream 1 seit Jahren.

Polen hat ein wirtschaftliches Interesse weiterhin Transitgebühren einzunehmen. Die polnischen und ukrainischen Kunden würden mit NSP2 von geringeren Gaspreisen profitieren, das einlangende Gas würde für mehr Wettbewerb sorgen und die Ersparnisse der Kunden über den durch den Transit entgangenen Einnahmen liegen. Die Vorteile für Endkunden scheinen offenbar nicht wichtig!

Stattdessen soll in Polens Liquefied Natural Gas (LNG)-Terminals verflüssigtes US-Erdgas anlanden, jedoch nachweislich teurer als Pipelinegas. Ebenso sind bestehende europäische LNG Terminals nur zu 25 Prozent genutzt, bei gleichzeitiger Vollaustattung von Pipelinetransporten! Trotzdem wird der Bau von LNG-Terminals mit Steuergeldern subventioniert. NSP2 braucht keine Finanzhilfen (Investitionssumme: 10 Mrd. Euro). Im Gegenteil, NSP2 ist eine Chance, den europäischen Energiemarkt zu vertiefen und die Gasversorgung sicherzustellen. Es zeugt von solidarischen Charakter, das Erdgas wird auch nach Österreich und Osteuropa verteilt werden.

Es gibt noch fortlaufende Versuche der EU-Kommission NSP2 zu verhindern, sie scheiterte bislang daran, ein Verhandlungsmandat zum Abschluss eines »Intergovernmental Agreements« mit Russland zu erhalten. Nun plant sie die Änderung der Gasbinnenmarkttrichtlinie mit dem Ziel, europäisches Recht extraterritorial anwendbar und ein »Intergovernmental Agreement« tatsächlich notwendig zu machen. Mit welcher Sicherheit kann man als Unternehmen zukünftig noch in neue Projekte investieren, wenn quasi rückwirkend die Rechtslage eklatant geändert wird? Es muss einen Vertrauens- und Bestandschutz für Investitionen, zumal in dieser Höhe, geben.

Die Pipeline wird dazu beitragen, die entstehende Gasversorgungslücke zu verringern, den Wettbewerb am europäischen Gasmarkt weiter zu stärken und schafft Nutzen für Deutschlands Bürger und angrenzende Nachbarn. Die Behauptung, NSP2 schade Europa, entbehrt jeglicher Grundlage und zeugt von Unkenntnis der Faktenlage und investitionsfeindlichem Verhalten. Das Gegenteil ist der Fall. NSP2 stärkt Europa. In Anbetracht der aktuellen Kluft zeigt sich die Wichtigkeit zuverlässiger Gaslieferanten wie Gazprom – sie hilft Europa durch die kalte Zeit.

## LICHT UND SCHATTEN BEI DER JÄHRLICHEN RUSSLANDKONFERENZ DER AHK

Bei der jährlichen Russlandkonferenz der Deutsch-Russischen Außenhandelskammer (AHK) am 1. März 2018 in Berlin erklärte Bundeswirtschaftsministerin Brigitte Zypries, dass die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der EU und Russland große Chancen bieten.

Deutschland habe ein »nachdrückliches Interesse an guten Beziehungen zu Russland«, so wurde es im neuen Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD festgehalten. Russland wird zwar für »einen erheblichen Rückschritt« in Politik, einschließlich der Menschenrechtslage, deutlich kritisiert – gleichzeitig wird auf das »große Potenzial« im wirtschaftlichen Austausch hingewiesen.

Konkret könnte es um den Abbau der Sanktionen sowie einem gemeinsamen Wirtschaftsraum von Lissabon bis Wladivostok gehen. Voraussetzung für den Abbau der Sanktionen seien weitere Schritte bei der Umsetzung des Minsker Abkommens von der russischen Seite, so Zypries. Als entscheidende Kriterien für einen Ausbau der wirtschaftlichen Kooperationen nannte die Ministerin Rechtssicherheit, Offenheit beim Marktzugang sowie Gleichstellung der Marktteilnehmer. In diesem Zusammenhang wurden die Sonderinvestitionsabkommen kritisiert, die von der russischen Seite als Fördermaßnahme für ausländische Großinvestoren eingeführt wurden. Die wichtigsten Bereiche für

deutsch-russische Kooperationen seien Digitalisierung und Industrie 4.0 sowie strategische Hochtechnologieprojekte.

Der stellvertretende Wirtschaftsminister Russlands, Alexey Gruzdev, warb um Investitionen in den russischen Sonderwirtschaftszonen und insbesondere in Projekte im Fernen Osten Russlands. Der designierte Botschafter Sergey Nechaev bezeichnete Sanktionen als gesetzeswidrig: »Wir werden deswegen nicht weinen, wir passen uns an«. Nechaev wies auf die grundlegende Bedeutung der Energiesicherheit und die Wichtigkeit der Realisierung von Nordstream 2 für Europa und Russland hin. Es sein »inakzeptabel« europäische Partnerunternehmen mit Sanktionen zu erpressen.

Matthias Schepp, der Vorstandsvorsitzende der Deutsch-Russischen AHK, plädierte für einen gemeinsamen Wirtschaftsraum und präsentierte die Ergebnisse der letzten AHK-Umfrage, laut der sich 94 Prozent der befragten Unternehmen für eine sofortige oder schrittweise Aufhebung der Sanktionen ausgesprochen haben. Deutsche Unternehmen wollen zudem mehr Geld in Russland investieren – die Umfrage-Teilnehmer planen im kommenden Jahr Investitionen in Höhe von knapp einer halben Milliarde Euro, der höchste Wert seit Anfang der Wirtschaftskrise. Die Rekordbilanzen aus dem Jahr 2012 können gegenwärtig jedoch nicht erreicht werden.

## CHINA VERSTAATLICHT GRÖSSTEN ÖL KONZERN

CEFC China Energy, der größte Ölkonzern der Volksrepublik China, soll seit vergangener Woche staatlich geführt werden. Im September 2017 hatte sich CEFC beim russischen Ölkonzern Rosneft mit über neun Milliarden Dollar eingekauft und wurde somit zum größten Aktionär. Dieser Deal konnte nun Platzen. Der CEFC-Geschäftsführer Geschäftsführer Ye Jianming soll bereits am 16. Februar inhaftiert. Experten gehen davon aus, dass die In-

haftierung von Ye ein Teil der Regierungskampagne ist, riskante Geschäfte und Akquisitionen zu unterbinden. Vergangene Woche wurde auch das Versicherungsunternehmen Anbang unter staatliche Kontrolle gestellt.

CEFC gilt als eine der bedeutendsten Erfolgsgeschichten Chinas. Das Unternehmen wurde 2002 gegründet und lag 2017 auf Platz 222 der Liste der 500 umsatzstärksten Unternehmen weltweit.

## PERSONALIEN

### HEINRICH UND HAAS IN NEUEN POSITIONEN BEI DEN GRÜNEN

Robert Heinrich (41) ist seit dem 19. Februar Leiter des Vorsitzendenbüros in der Bundesgeschäftsstelle von Bündnis 90/Die Grünen. In dieser Position übernimmt er die Büroleitung der beiden Bundesvorsitzenden Annalena Baerbock und Robert Habeck. Zuvor verfügten die Parteivorsitzenden jeweils über eigene Büros. Melanie Haas (42) ist vom 1. März an Leiterin der neu geschaffenen Grundsatzabteilung. Sie wird ebenfalls an die beiden Bundesvorsitzenden berichten.

### JOPE LEITET NATIONALE POLITIK IM BERLINER BÜRO DER METRO

Lars Jope (43), ist seit dem 16. Februar neuer Leiter der Abteilung Nationale Politik im Berliner Konzernbüro der Metro. Er berichtet an Michael Wedell, Global Director Konzernkommunikation und Politik der Unternehmensgruppe. Zuvor war Jope bei Energiewirtschaftsverbänden in Berlin und auf EU-Ebene in Brüssel tätig. Bei der Metro folgt er auf Daniel Florian, der zu Dropbox gewechselt ist.

### BENNER STEIGT BEI »BILD«-ZEITUNG AUF

Sissi Benner (40) ist vom 1. März an stellvertretende Chefredakteurin der »Bild«. In der neu geschaffenen Funktion ist sie auch weiterhin Unterhaltungschefin und verantwortlich übergreifend für Print und Online die Show-Berichterstattung sowie die Letzte Seite. Als Mitglied der Chefredaktion berichtet sie an Julian Reichelt, Vorsitzender der »Bild«-Chefredaktionen.

## BOSCH ENTSCHLIESST SICH GEGEN BATTERIEN

Bosch wird keine eigenen Batteriezellen für Elektroautos produzieren, wie diese Woche bekannt wurde. Das Geschäft sei zu riskant und zu teuer. Man hätte 20 Milliarden Euro für einen Marktanteil von 20 Prozent inves-

tieren müssen, ohne zu wissen, wann sich die Investitionen sich tatsächlich rechnen. Damit wird es keine europäische Produktion von Batteriezellen geben, Asien bleibt Marktführer.

## WORTE DER WOCHE

»Wenn es zu Fahrverboten käme, bräuchten wir Kennzeichnungen für diejenigen, die nicht unter die Fahrverbote fallen. [...] Ob die »blaue Plakette« heißen oder »roter Fuchschwanz«, ist mir egal.«

Bundesumweltministerin Barbara Hendricks zu den Dieselfahrverboten.

»Die wahrnehmbare Spaltung unserer Gesellschaft offenbart doch die in Deutschland verbreitete Sehnsucht nach Werteorientierung und Gewissheit.«

Daniel Günther, Regierungschef in Kiel, wünscht sich seine Partei, die CDU, etwas konservativer.

»Wenn wir jetzt nicht in die Regierung eintreten, dürfen wir zwei oder drei Legislaturperioden in der Opposition bleiben.«

Björn Engholm, früherer SPD-Vorsitzender, in der Sonntagsausgabe der »Lübecker Nachrichten«.

»Ich kann mir nicht vorstellen, dass sie ihre gesamte Führung in die Luft sprengen und in dieser Lage in eine Neuwahl gehen wollen.«

Armin Laschet, NRW-Ministerpräsident (CDU) zum SPD-Mitgliedervotum.

»Jeder kann verstehen, dass er ein ausgezeichneter Kandidat sein würde, weil Italien heute in Europa und in der Welt nichts mehr zählt.«

Silvio Berlusconi, Italiens Ex-Ministerpräsident, will EU-Parlamentspräsident Antonio Tajani als Regierungschef.

»Das war ein echter Knaller, ein Knaller mit Signalwirkung.«

Angela Merkel, die CDU-Vorsitzende und Bundeskanzlerin, würdigt am Montag auf dem CDU-Parteitag den Erfolg der neuen Generalsekretärin Annegret Kramp-Karrenbauer bei der Landtagswahl im Saarland.

»Eine Beteiligung an der neuen Seidenstraße zwischen Peking, Duisburg und Jakarta sollte für deutsche Unternehmen interessant sein.«

Volker Treier, DIHK-Außenhandelschef.

»Die Zuwachsraten zeigen, dass wir die Nische verlassen. Carsharing ist die einzige direkte Alternative zum privaten Autobesitz.«

Gunnar Nehrke, Geschäftsführer Bundesverband Carsharing

»Für uns ist es ein sehr positives Projekt.«

Österreichs Kanzler Sebastian Kurz über Nord Stream 2.

## TERMINE

### 6.3. BDEW-KONGRESS TREFFPUNKT NETZE 2018

Kongress des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) zum Thema »Treffpunkt Netze 2018«, unter anderem mit dem Vizepräsidenten Corporate Technology, Research in Energy and Electronics der Siemens AG Prof. Armin Schnettler, dem Mitglied der Geschäftsführung von E.ON Dr. Thomas König und dem Präsidenten der Bundesnetzagentur Jochen Homann Hotel Maritim Berlin, Stauffenbergstraße 26, 10785 Berlin (bis 07.03., kostenpflichtig), Beginn: 9.30 Uhr.

### 6.3. SMART CITY ROUND TABLE TALK DES BEZIRKSAMTS CHARLOTTENBURG

Vortragsveranstaltung der Stabsstelle Bildung für nachhaltige Entwicklung und entwicklungspolitische Projekte des Bezirksamts Charlottenburg-Wilmersdorf zum Thema »Smart City, Smart Living: Anders Wohnen im Quartier« in der Reihe »Stadtlabor 2050«, unter anderem mit dem Charlottenburger Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt Oliver Schruoffeneger, dem Vereinsvorstandsmitglied von Rathausstern Lichtenberg Caroline Rosenthal und der Architektin für Urban Design Theresa Keilhacker Rathaus Charlottenburg-Wilmersdorf, Otto-Suhr-Allee 100, 10585 Berlin (Anmeldung erforderlich). Beginn: 19 Uhr.

### 7.3. BUCHVORSTELLUNG DES OEKOM VERLAGS UND IÖW ZUR DIGITALISIERUNG

Buchvorstellung des Instituts für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW), der Technischen Universität Berlin (TU) und des Oekom Verlags zu Steffen Langes und Tilman Santarius »Smarte grüne Welt? Digitalisierung zwischen Überwachung, Konsum und Nachhaltigkeit«, unter anderem mit dem Leiter der Forschungsgruppe Digitalisierung und sozial-ökologische Transformation an der TU Berlin und am IÖW Prof. Tilman Santarius, dem Ökonomen am IÖW Dr. Steffen Lange, dem Soziologen Prof. Harald Welzer und der Gründungsdirektorin des Deutschen Internet-Instituts Prof. Ina Schieferdecker Einstein Center Digital Future, Wilhelmstraße 67, 10117 Berlin (Anmeldung erforderlich). Beginn: 19 Uhr.